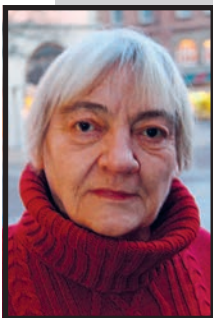


DIE LINKE. *im Rat*

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal Nr. 28 · September 2013

Liebe Leserin, liebe Leser,



wir trauern um unsere Stadtverordnete **Elisabeth August**, die am 20. April im Alter von 63 Jahren unerwartet verstorben ist. Sie war von 2004 an Mitglied des Stadtrats, zuletzt als Fraktionsvorsitzende. Wir verlieren mit ihr eine liebe Freundin und Genossin. Wir werden sie nicht vergessen.

Heute stellen wir Ihnen zwei neue Stadtverordnete der Ratsfraktion DIE LINKE vor:

Für die verstorbene Elisabeth August rückte **Dr. Dirk Krüger** in den Stadtrat nach. Er war viele Jahre Lehrer an der Grundschule Schützenstraße. Im Jahre 2006 nahm er seine Tätigkeit als Honorarprofessor in den Alphabetisierungskursen des BAMF auf.



Seine wissenschaftlichen und publizistischen Schwerpunkte sind die Exilliteratur 1933–1945, die Kinder- und Jugendliteratur des Exils sowie der Widerstand gegen die NS-Diktatur.

Er ist Mitglied in den Vorständen der Stadtverbände Wuppertal des DGB und der GEW. DIE LINKE vertritt in der Bezirksvertretung Barmen und im Jugendhilfeausschuss. Hier liegen auch die Schwerpunkte seiner politischen Tätigkeit: die Verbesserung der sozialen Lage der Kinder und Jugendlichen sowie die demokratische Beteiligung der Barmer Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen, die ihren Stadtteil betreffen. Er freut sich, nun auch im Rat der Stadt für diese Ziele eintreten zu können.

Die jüngste Stadtverordnete der Ratsfraktion DIE LINKE, **Helin Argav**, hat den Rat der Stadt Wuppertal für ein studienbegleitendes Auslandspraktikum verlassen. Ihre Stelle wird nun von **Petra Mahmoudi** besetzt. **Petra Mahmoudi** vertritt die Fraktion im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit. Weitere Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit liegen im Migrationsbereich und in der Jugendhilfe, in denen sie seit vielen Jahren aktiv ist. Sie arbeitet noch bis Ende des Jahres als Schulsozialarbeiterin. Ihrer neuen



Tätigkeit als Stadtverordnete sieht sie mit Freude und Spannung entgegen, um sich für die Belange der WuppertalerInnen einzusetzen.

Bundestagswahl: Richtungsentscheidung für Wuppertal!



Im September wird der Kämmerer einen neuen Haushaltsentwurf vorstellen. Die städtischen Finanzen sind trotz Stärkungspakt in einem grauenhaften Zustand. Das geht aus der Beantwortung einer großen Anfrage der Fraktion Die LINKE hervor. Da die Risiken nicht aus eigener Kraft beherrschbar sind, kann nur eine großangelegte Umverteilung über eine Steuerreform Entlastung für die Wuppertaler bringen.

Der Kämmerer spricht beruhigend von „Konsolidierung“, wo er Kürzung meint. In den Vorlagen dreht sich alles um die Ausgaben-seite. Doch das Haushaltsproblem ist durch Verschlechterungen der Einnahmen entstanden.

15 Jahre Bereicherung der Reichen sind genug

Die Bundesregierungen haben durch Sozialkürzungen und Steuerreformen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung noch reicher gemacht. Der Kämmerer rechnete 2009 vor, wie viel der Stadt entzogen wurden, z. B. durch

- **Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer** (Schröder – Fischer)
1998–2008: 18 Millionen Euro
- **Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer** (Schröder – Fischer)
2001–2008: 200 Millionen Euro
- **Entlastung Einkommenssteuer** (Merkel – Rösler) ab 2009: 8 Millionen Euro

Dann legte die CDU/SPD-Ratsmehrheit die Axt an, obwohl der Kämmerer angekündigt hatte: „Aber auch wenn alle Maßnahmen des Haushalts-Sanierungs-Konzepts beschlossen und umgesetzt werden, wird es nicht gelingen, den strukturellen Fehlbetrag im städtischen Haushalt zu beseitigen.“ (2009)

Es wird Zeit, dass das Steuer umgelegt wird!

Hartz IV macht auch die Stadt Wuppertal arm

CDU und FDP hatten vier Jahre Zeit, die Mehrbelastungen durch die Kosten der Arbeitslosigkeit, die durch das Bundesgesetz Hartz IV entstehen, zurückzunehmen. Sie haben es nicht getan. Der Kämmerer schreibt: „Gegenüber 2005 – dem ersten Jahr nach der Zusammenfassung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe – steigt die für 2010 erwartete Belastung für die Stadt

Wuppertal um fast 30 Mio. Euro.“ Der jährliche Fehlbetrag hat sich seitdem noch erhöht. Die sogenannte Instrumentenreform bei der Arbeitsförderung hat Stadt und freien Trägern weitgehend die Möglichkeit öffentlich geförderter Beschäftigung genommen.

Der Stärkungspakt schwächt Wuppertal

Dann kam der Stärkungspakt, und die Blicke richteten sich hoffnungsvoll nach Düsseldorf. Doch auch der Stärkungspakt stellt sich für Wuppertal als Desaster heraus:

Die Risiken des Stärkungspaktes sind von der LINKEN im Rat benannt und von der Presse aufgegriffen worden. Die Stärkungspaktmittel werden von der SPD/Grünen-Landesregierung 11 Millionen Euro jährlich niedriger bemessen; der Kürzungszwang über die gesamte Laufzeit des Stärkungspaktes liegt also bei mindestens 50 Millionen Euro. Kämmerer und CDU-SPD-Mehrheit im Rat hofften, dass die grüne Regierungspräsidentin bis Mitte Juli eine Lösung präsentiert. Doch sieht man sich dort der Schuldenbremse verpflichtet. Der Kämmerer steht nun vor dem Offenbarungseid: Es ist „nicht zu erreichen, die Finanzierungslücke auszugleichen, die durch die Kürzungen der Konsolidierungshilfen des Landes entsteht. Angesichts des nicht erreichbaren Haushaltsausgleichs in den Jahren 2016 bis 2018 muss deshalb die Forderung an das Land NRW aufrecht erhalten werden, die niedrigeren Zuweisungen nach dem Stärkungspaktgesetz länger in der vollen Höhe zu gewähren oder

Fortsetzung auf Seite 2

Entlassung bei der Oper	S. 2
Lohndrückerei bei HELIOS	S. 2
Der Rote Faden	S. 4

Fortsetzung von Seite 1

der Stadt Wuppertal anderweitig einen Ausgleich zu gewähren.“ (VO/0604/13)

Sollten der Kämmerer und seine CDU/SPD-Mehrheit kein Gehör auf Landesebene finden, wird man nicht zögern, weitere Kürzungen vorzunehmen, z. B. durch Stellenstreichungen im Rahmen der Fluktuation, und mit jeder Stelle entfällt eine Dienstleistung. Aber die Einnahmeseite bleibt damit nicht weniger schwach.

Um-Fair-Teilen jetzt!

Die Kürzungen der letzten Jahre gehen auf Kosten derjenigen, die am meisten auf die städtischen Dienstleistungen angewiesen sind. Die einfachen Leute können den Haushalt der Stadt nicht sanieren:

- In Wuppertal wächst fast jedes dritte Kind in Armut auf.

- In Wuppertal müssen schon jetzt mehr als 3000 Menschen trotz Rente jobben. Und wenn immer mehr ältere Menschen deswegen auf Sozialleistungen angewiesen sind, geht Altersarmut wieder zu Lasten der Stadt. Wovon keiner redet ist, dass alle anderen Parteien eine Absenkung des Rentenniveaus anstreben.
- Mehr als jeder 5. Wuppertaler gilt als überschuldet; in Oberbarmen ist fast jeder dritte überschuldet. Die Stromrechnungen explodieren, das Sozialticket ist zu teuer und die Hartz-Sätze kennen keinen Inflationsausgleich.
- In Wuppertal gibt es über 7000 Aufstocker, also Menschen, die trotz Arbeit zum Amt gehen müssen. Von Arbeit muss man leben können. Die Zahl der sogenannten atypisch Beschäftigten ist in Deutschland im letzten Jahrzehnt um 2,1 Millionen Menschen gestiegen; das sind befristete Arbeitsverträge,

geringfügige oder Teilzeit-Beschäftigungen und vor allem Leiharbeit. Wir brauchen deshalb gute Arbeit, ohne Überwachung und Stress zu auskömmlichen Löhnen und sozialversichert. Die Zahl der atypisch Beschäftigten ist in Wuppertal in nur 10 Jahren von 20% auf 25% gestiegen. Das darf nicht der Normalfall werden.

Deshalb muss dringend um-fair-teilt werden. Das heißt: Wiedereinführung der Vermögensteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Die Reichen und großen Konzerne können und sollen zahlen.

Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Von Arbeit muss man leben können. Auch ohne staatliche und kommunale Transferzahlungen. Dies nützt den Menschen und würde auch unserer Stadt wieder eine Perspektive eröffnen.

Wie der Sonnenkönig „seine“ Oper aufstellen lässt

Die Entscheidung des künftigen Intendanten Kamioka, die Verträge des gesamten künstlerischen Personals in der Sparte Oper nicht zu verlängern, ist bundesweit auf Befremden gestoßen. Die Stimmung im Publikum und an den Bühnen ist „denkbar angespannt – sprich explosiver, als die Offiziellen im Rathaus und im Theater glauben machen wollen“, kommentierte die WZ. Die Fraktion DIE LINKE hat als einzige gegen die Bestellung Kamiokas gestimmt. Es gab im Rat keine mit Argumenten vorgetragene Kritik an der Arbeit von Vorgänger Weigand. In einem Artikel hatten wir darauf hingewiesen, dass es in Saarbrücken offenbar nicht ganz spannungsfrei mit Herrn Kamioka zuging. Die Personalkürzungen waren nicht durch Oberbürgermeister Jung angekündigt, als er bei einem Konzertauftritt seinen Favoriten vorstellte. Herr Kamioka hat im Kulturausschuss diese Maßnahmen keinesfalls angedeutet. Seiner Bestellung durch den Rat ging noch nicht einmal ein geordnetes und transparentes Findungsverfahren voraus.

Die Theaterinteressierten bewegt die Frage: Welche Attraktion wird ein Haus darstellen, das weder Bindung und Identifikation über ein festes Ensemble stiftet noch durch kontroverse Inszenierungen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückt? Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) spricht von „intellektueller Entkernung“. Auf besonderes



Unverständnis in der Bevölkerung und in den Leserbriefen an die WZ trifft die Streichung der Stellen für Theaterpädagogen. Wie soll die Jugend, die einem immer breiteren Freizeitangebot ausgesetzt ist, den Zugang zu Oper und Schauspiel finden, für die man trotz Subventionen hohe Preise zahlen soll? Der Vorsitzende Köster (erst FDP, dann Bildungsoffensive, heute CDU) lehnt eine Sondersitzung des Kulturausschusses ab.

Und die internationale Vision? Das Tanztheater brauchte Jahre mit stabilen Finanzen, um sich die weltweite Anerkennung zu erarbeiten, die es heute genießt. Mit einem guten Dirigenten

allein lässt sich eine vergleichbare Reputation nicht entwickeln. Angesichts der kommunalen Finanzen sind die Spielräume für eine Verpflichtung von SpitzengesangssolistInnen sehr eng. Bleiben die Zuschauer weg, auch weil es ohne Ensemble weniger Inszenierungen und weniger Spieltage geben wird, dann könnte das Scheitern dieser Visionen schnell der Einstieg für das weitere Abwracken der Bühnen sein. Die Personalentscheidung hat die Oper „intellektuell entkernt und strukturell auf weitere Abbaumaßnahmen vorbereitet ... Auch so kann eine Stadt Theatergeschichte schreiben.“ (FAZ)

Wegen Lohndrückerei: Entlastung des HELIOS-Vorstands abgelehnt

HELIOS macht mit dem Wuppertaler Klinikum fette Gewinne. Fast 38 Mio. Euro im letzten Jahr. Das waren satte 3,7 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Trotz dieser exzellenten Gewinnlage hat der Vorstand des Klinikums eine deutliche Senkung der ohnehin niedrigen Löhne der Beschäftigten bei der DLK (Dienstleistungen für Krankenhäuser GmbH), einer 100%-igen HELIOS-Tochter, mit erpresserischen Mitteln durchgesetzt. Der Vorstand stellte die Beschäftigten vor die Alternative:

Verlust des Arbeitsplatzes oder Akzeptieren der Entgeltsenkung.

Dieser äußerst respektlose und äußerst unsoziale Umgang des Vorstands mit den Beschäftigten sollte auch im Rat der Stadt auf Ablehnung und scharfe Kritik stoßen.

Deshalb ist es für uns unverständlich, dass der Ausschuss für Finanzen und Beteiligung mit großer Mehrheit den städtischen Vertretern im Aufsichtsrat von HELIOS empfohlen hat, den Vorstand zu entlasten. Nur der Vertreter der LINKEN, Gerd-Peter Zielesinski, stimmte dagegen. Mit einer mehrheitlichen Empfehlung, den Vorstand nicht zu entlasten, hätte der Rat deutlich machen können, dass er diese schädliche Lohndrückerei missbilligt. Schade.

CE 61/CE 62-NutzerInnen sind weiterhin mobil – Bitte Fahrpläne beachten

Im September des vergangenen Jahres machten die WSW durch einen vermehrten Krankenstand unter den BusfahrerInnen auf sich aufmerksam und verärgerten die KundInnen durch ausgefallene Fahrten. Ebenfalls vor einem Jahr kündigten die WSW GmbH Einschnitte im Linienverkehr an, die im März dieses Jahres durchgeführt wurden. Schon bald nach dem Bekanntwerden der Kürzungspläne formierte sich der Widerstand bei den KundInnen. Aber WSW und die große Kooperation im Rat der Stadt setzten die Kürzungen durch, und das ohne Diskussion mit den Betroffenen. Wir müssen an dieser Stelle nicht betonen, dass DIE LINKE im Rat gegen die Kürzungen gestimmt hat.

Die WSW hofften wohl, dass sich die KundInnen an den schlechteren Service gewöhnen würden. Aber auch sechs Monate nach der Fahrplanänderung sind die KundInnen weiterhin unzufrieden. Für die WSW zählen aber nicht Kundenzufriedenheit und ökologische Vernunft, sondern allein betriebswirtschaftliche Gründe machen Kompromisslösungen unmöglich. Wie in vielen Kommunen ist der ÖPNV ein Zuschussgeschäft und wird aus Erlösen der Energiesparte quersubventioniert. Diese können aber nicht vollständig dem ÖPNV zufließen, denn nach der Teilprivatisierung wird damit



die Dividende an den Großkonzern GdF-Suez bezahlt. Ist es ein Zufall, dass das Defizit der WSW GmbH fast deckungsgleich mit den Beträgen ist, die jährlich an GdF-Suez abgeführt werden müssen? Der ÖPNV ist für die meisten Menschen der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobilität muss auch ohne Auto möglich sein.

Deshalb: Die Stadtwerke gehören wieder vollständig in kommunale Hand, damit die öffentliche Daseinsvorsorge weiterhin ihre Leistungen im ÖPNV erbringen kann.

Sozialticket – Mobilität für Alle

Als im Oktober 2011 die Ratsfraktion DIE LINKE einen Antrag auf Einführung eines Sozialtickets stellte, wurde diese Initiative von der Ratsmehrheit abgelehnt. Aber zum 1. Januar 2012 führte der VRR-Verbund das Ticket für bedürftige BürgerInnen flächendeckend und damit auch in Wuppertal ein.

Von den 70.000 Anspruchsberechtigten haben nur 3811 BürgerInnen das Sozialticket für 29,90 Euro gekauft. Davon waren ca. 95 % Altkunden – die schon ein Monatsticket vorher bezogen haben. Die freuen sich jetzt über geringere Ausgaben. Aber die anderen gucken in die Röhre, weil es zu teuer ist, denn 29,90 € sind nach Ansicht der LINKEN zu viel – mehr als der Anteil, der im SGB II Leistungsbezug für ÖPNV-Ausgaben bewilligt wird. Deswegen ist eine Senkung auf 15,- Euro für das Sozialticket nötig, und auch Geringverdienende müssen es bekommen können.

Es muss in einer Stadt bedürftigen Bürgerinnen Mobilität ermöglicht werden, um soziale und gesellschaftliche Kontakte pflegen zu können. Mobilität gewährleistet auch mehr Chancen sich wieder in den Arbeitsmarkt eingliedern zu können. Mobilität ist ein Menschenrecht!

Petra Mahmoudi

Wuppertal ist eine tolerante und weltoffene Stadt!

Wir sind stolz darauf, dass hier Menschen unterschiedlicher Herkunft, Nationalitäten, Hautfarben, Kulturkreise und Religionen friedlich und im gegenseitigen Respekt zusammenleben!

Das Miteinander mag im Alltag nicht immer einfach sein, aber bereits im Januar 2011 stellten sich die WuppertalerInnen in vielfältigen Aktionen dem damaligen Aufmarsch der Neonazis entgegen. Auch in diesem Jahr gehen die WuppertalerInnen gegen die für den 21. September 2013 – einen Tag vor der Bundestagswahl – angekündigte „nationale Großdemonstration“ auf die Straße, um diesen Aufmarsch zu verhindern. Zu diesem wird von den „Nationalen Sozialisten Wuppertal“, die sich jetzt im Kreisverband der Neonazi-Partei „Die Rechte“ organisieren, aufgerufen. Die Wuppertaler Nazis sind für eine Vielzahl von schwersten Straftaten (Cinemaxx-Überfall, Flohmarktüberfall, Schändungen von Denkmälern, Messerstechereien und schwere Körperverletzungen etc.) verantwortlich. Obwohl die Nazis in einem Mobilisierungsvideo ganz unverhohlen zur Schlacht in Wuppertal, „bis euer Blut in unsere Wupper fließt“, aufrufen, hat die Polizeipräsidentin bis heute die Demo nicht verboten. Der Rat der Stadt Wuppertal hat sich auf Initiative der LINKEN im Rat in einer gemeinsamen Resolution gegen den Aufmarsch ausgesprochen, der Polizeipräsidentin seine Unterstützung zugesagt und erwartet, „dass alle friedlichen und demokratischen Kräfte unserer Stadt gemeinsam und mit den für sie geeigneten Mitteln ihren Protest gegen solche rechts-extremistischen Umtriebe mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen“.



KiTa-Ausbau – Gut geht anders

Nun ist es passiert: 150 Eltern erhalten keinen KiTa-Platz; einige werden klagen. Gute Ganztagsangebote für Kinder müssen nah am Wohnort sein, damit Kinder ihre Freundschaften auch am Wochenende pflegen können. Gute KiTa braucht kleine Gruppen mit ausreichend Erzieher/innen, damit sie Bildungseinrichtungen sein können und nicht nur Kinder verwahren. Leider ist das in Wuppertal nicht gewährleistet, weil die Stadt zu wenig Geld hat, um solche Qualitätsstandards zu erfüllen. Jetzt müssen in aller Eile Tagesmütter her, was berufstätigen Eltern im ersten Augenblick möglicherweise hilft, aber kein wirklicher Ersatz für ausgebildetes pädagogisches Personal und ein gutes Konzept ist. **Gut geht anders!**

Wenn den Eltern ein Rechtsanspruch vom Bundestag zugesichert wird, dann muss auch das Geld dafür her – und zwar nicht nur für Gebäude, sondern auch für Personal und Qualität! Das haben CDU/FDP aber „vergessen“; dafür ist das Land zuständig. Dann erhöhen SPD/Grüne im Landtag die Gruppengröße in der KiTa, damit möglichst viele unterkommen. **Gut geht anders!**

Deshalb fordert DIE LINKE im Rat: Plätze für alle Kinder nicht nach Quote, sondern nach Bedarf! Die Anpassung der Öffnungszeiten an die Bedürfnisse der Familien!



DIE LINKE.
im Rat

Impressum:

Herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal, Rathaus, Zimmer 242, Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal, Telefon und Fax: 0202 563-6677
www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de
E-Mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ursula Albel, Gunhild Böth, Dr. Wolfgang Fenner, Petra Mahmoudi, Bernhard Sander, Gerd-Peter Zielezinski
Redaktionsschluss: 26. August 2013
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal
Auflage: 80.000. Die Abgabe erfolgt kostenlos.

der Stadt
Wuppertal!

Wuppertal braucht endlich eine Stimme in Berlin!

Bernhard Sander kandidiert im Wahlkreis Wuppertal I und Gunhild Böth im Wahlkreis Solingen-Remscheid-Wuppertal II, wozu Ronsdorf und Cronenberg gehören. Der Rote Faden befragte beide zu ihren Zielen im Wahlkampf.

Frage: Sie kandidieren für Wuppertaler Wahlkreise. Welches sind Ihre Schwerpunkte im Wahlkampf?

B.S.: Ich stelle das Soziale in den Mittelpunkt. In Wuppertal gibt es über 7000 Aufstocker/innen, also Menschen die trotz Arbeit zum Amt gehen müssen. Da werden Unternehmensgewinne subventioniert! Die Zahl der atypisch Beschäftigten ist in Wuppertal von 20% auf 25% gestiegen in nur 10 Jahren. Das sind Jobs, von denen man keine Familie gründen kann. Das sind Löhne, mit denen man keine Familie über die Runden bringen kann. Und was dann? Soll der Opa mit der Rente einspringen?! Wohl kaum! In Wuppertal arbeiten schon jetzt über 3000 Menschen, weil die Rente nicht reicht. Was soll das erst geben, wenn wir alle erst mit 67 in Rente gehen dürfen? Solange hält doch kaum jemand durch. Sammeln wir dann alle Flaschen? Nur Die LINKE sagt klar NEIN zur Rente erst ab 67!

G.B.: Als Lehrerin liegt mir zusätzlich besonders Bildungsgerechtigkeit am Herzen, denn nach wie vor ist in Deutschland der Schulerfolg stark von der finanziellen oder Bildungssituation der Eltern abhängig.

Frage: Das ist aber doch Landespolitik.

G.B.: Ja und Nein, denn Ganztags, Schulsozialarbeit, Freizeitangebote, Spiel, Sport und Kultur tragen ebenfalls zum Bildungserfolg und der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen bei. Hier fehlt es bei uns an allen Ecken – da muss der Bund in die Finanzierung einsteigen.



Frage: Letztlich läuft doch wieder alles darauf hinaus, dass das Geld dafür fehlt. Wie wollen Sie das ändern?

B.S.: Das private Geldvermögen entspricht in der Höhe den Schulden des Staates. Was spricht also gegen eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und was spricht für eine Millionärsteuer. Dann

können die Reichen auch weniger Geld ins Spielcasino tragen. Die sprunghaft gestiegenen Staatsschulden sind der Preis für die Rettung von Anlegern, Zockern, Banken und Bonusjägern. Und jeder weiß, der Finanzminister hat es angekündigt: Jetzt, wo der Staat die Schulden der Banken übernommen hat und wo nur noch der Staat für die Kredite im Ausland haftet, jetzt wird nach der Wahl ein neuer Schuldenschnitt kommen. Die Kanzlerin muss vor der Wahl sagen, was das kostet. Die LINKE will Menschen sichern und nicht Banken!

G.B.: Umverteilen jetzt! Damit sind nicht nur die höheren Steuern für Reiche und die Entlastung für niedrige und mittlere Einkommen gemeint, sondern auch die Umverteilung der Steuern zwischen Bund und Kommune: DIE LINKE will eine Gemeindefinanzsteuer, d. h., diese andere Gewerbesteuer wird auch von Freiberuflern bezahlt, die diesen Betrag statt als Einkommensteuer an den Bund dann an die Stadt zahlen. So hätte die Stadt sofort mehr Einnahmen!

Frage: DIE LINKE wirbt sehr viel mit sozialen Themen. Bisher war aber doch „Frieden“ ein Schwerpunkt der LINKEN.

G.B.: Das ist nach wie vor so. DIE LINKE will keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, denn Krieg schafft keinen Frieden. Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt und deutsche Waffen finden sich schnell in allen Konfliktgebieten. Wo kommen die her? Deshalb muss der Waffenexport verboten werden, denn jede Waffe findet ihren Krieg. ●



**Gunhild
Böth**

61 Jahre
Gymnasiallehrerin

**Bernhard
Sander**

58 Jahre
Angestellter



**‘mal reinhören,
mitreden,
mitwirken** **DIE LINKE.**

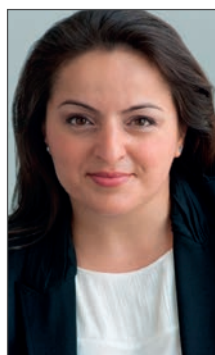
Ich bitte um Zusendung von
Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu
Veranstaltungen und Versamm-
lungen eingeladen werden

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

einsenden an: Die LINKE, Kreisverband,
c/o Cornelia Weiß, Hombüchel 24, 42105
Wuppertal, www.dielinke-wuppertal.de



DIE LINKE.
Kreisverband Wuppertal

**„Die Demokratiebewegung
in der Türkei“**

Vortrag und Diskussion mit Sevim Dağdelen

Der Kreisverband DIE LINKE Wuppertal lädt herzlich ein zur einer Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Sevim Dağdelen, MdB, die mehrmals die Proteste in der Türkei besuchte. Auch in Wuppertal haben viele Menschen immer wieder für mehr Demokratie in der Türkei demonstriert. Wie geht es nun weiter? Wer sind die Akteure? Darüber wird die Bundestags-abgeordnete sprechen.

Donnerstag, 18. September 2013, Alte Feuerwache, Gathe 6, Wuppertal-Elberfeld, Beginn der Veranstaltung ist 19.00 Uhr